

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2.50 M. (halbmonatlich 1.25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Altbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Altbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Altbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 9. Juli 1928

Nummer 158

## Staatsgerichtshof und Sachsentwahl

### Eine sonderbare Entscheidung

Noch kein endgültiger Entscheid — Ein Spruch gegen die Antragsteller — nicht gegen das Wahlgesetz

Der Staatsgerichtshof beschäftigte sich am Sonnabend mit der Klage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Sachsen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Landtagswahlgesetzes sowie auf die Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl.

Der Staatsgerichtshof hat nach längerer Beratung die Anträge der Partei zurückgewiesen. Die Zurückweisung erfolgte aber nicht deswegen, weil das Wahlgesetz in Sachsen den Verfassungsbestimmungen entspricht, sondern weil der Staatsgerichtshof entschied, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht eine Partei in dem Sinne sei, daß sie vor dem Staatsgerichtshof Parteifähigkeit habe.

Mit dieser Entscheidung ist noch keineswegs festgestellt, daß das Wahlgesetz des Freistaates Sachsen den Verfassungsbestimmungen entspricht. Die KPD-Fraktion hat schon mehrfach eine Abänderung des Gesetzes verlangt. Sie hat auch von Anfang an gegen das Gesetz gekämpft. Andererseits hatte die KPD aber keinen Augenblick vom Staatsgerichtshof erwartet, daß er ein Urteil fällen werde, nach dem der Landtag aufgelöst werden müsse. Diese Entscheidung hat der Staatsgerichtshof noch in keinem Falle getroffen; er hat es immer den Parlamenten überlassen, sich aufzulösen oder zu entscheiden, daß die ausgesessenen Parteien nicht genügend Stimmen aufgebracht haben, um das Wahlergebnis entscheidend zu beeinflussen. In der Frage, ob die Erhebung von 3000 Mark Kaution durch die Regierung für die Zulassung zur Wahl gegen die Verfassung verstößt, soll der Staatsgerichtshof oder das Reichsgericht auf Verlangen der sächsischen Regierung noch besonders Stellung nehmen. Wenn das Zentrum seinen Antrag nicht zurückgezogen hätte, dann hätte der Staatsgerichtshof zu dieser, der immerhin wichtigsten, Frage Stellung nehmen müssen. Die Entscheidung, die der Staatsgerichtshof gefällt hat, ist immerhin etwas mehr als sonderbar.

Nach der Begründung des Urteils hat der Staatsgerichtshof erklärt, die USP sei allmählich bedeutungslos geworden und nicht mehr als politische Partei anzuprehen. Wir haben sicherlich kein Interesse daran, für dieses sonderbare Urteils politische Unklarheit und Eigenbrötelerei, das von Theodor Viehn noch aufrechtgehalten wird, eine Lanze zu brechen, jedoch muß man sich gegen diese Entscheidung des Staatsgerichtshofes mit aller Entschiedenheit wenden. Hier wird ein Schritt zu einer Art Klassenjustiz unternommen, die es für die Zukunft in die Entscheidung des Reichsgerichtshofes stellt, ob eine Partei als politische zum Wahlrecht zugelassen wird oder nicht. Die Entscheidung bedeutet den Versuch, der Justiz die Entscheidung darüber zu geben, ob eine Partei auftreten kann oder nicht. Ist schon das Wahlgesetz in Sachsen gegen die Verfassung, so bedeutet dieser Spruch des Staatsgerichtshofes erst recht einen Verstoß gegen die Verfassung. Niemandes steht in dieser, daß die Partei, die zur Wahl zugelassen werden will, über die Gewissheit verfügen oder gar nachweisen muß, daß sie auch Mandate bekommt. Diese Haltung des Staatsgerichtshofes zeigt aber ganz klar, daß die Entscheidung nur aus besonderen politischen Gründen getroffen ist.

Jetzt wird auch die Zurückziehung der Klage des Zentrums klar. Hinter den Kulissen haben sich einige Dinge abgespielt, die den sächsischen Bürgerblockparteien Bewegungsfreiheit bis zum Herbst geben sollen. Innerhalb der Bürgerblockparteien bestehen Differenzen, man erinnere sich an die scharfen Vorwürfe der Demokraten nach den Reichstagswahlen, als sich zeigte, daß die USP fast keine Stimmen mehr hinter sich hatte. Auch die Deutschnationalen machen starke Vorstöße. Ein USP-Minister sollte abgebaut werden. Die USP konnte sich der Angriffe nur erwehren mit der Drohung, daß sie ja auch noch die Möglichkeit habe, ein „Links“-Kabinett zu unterstützen. Vor dieser Drohung sind die Bürgerblockparteien schnell zu Kreuze gekommen. Man einklagte sich in den interfraktionellen Sitzungen, die Frage der Umänderung der Regierung auf den Herbst zu verschieben. Nun gab man sich alle Mühe neben den Differenzen formale Schwierigkeiten, wie sie durch die verfassungswidrige Erklärung des Wahlgesetzes entstanden wären, zu verhindern.

Es ist wohl jetzt klar, daß man den Ausweg, der jetzt vom Staatsgerichtshof beschritten wurde, die an sich in diesem Verfahren formale Frage in den Vordergrund zu rücken, seit langer Hand vorbereitet, daß die Zurückziehung des Zentrumsantrages in dieser Linie lag. Wir glauben nicht, daß das Zentrum aus eigenem Antrieb den Antrag zurückgezogen hat. Hier haben wohl die Kräfte des sächsischen Bürgerblocks ein wenig mitgearbeitet. Durch diese Entscheidung hat man jetzt die gewünschte Frist bis zum Herbst erhalten. Ganz angenehm mag selbst den Bürgerblockparteien dieses Wanderverken nicht sein. Bemühte man sich doch, den Landtag möglichst vor dem Entscheid des Staatsgerichtshofes in die Ferien zu schicken. Das ist nicht ge-

lungen. Deswegen muß jetzt dieser Ausweg herhalten. Hier liegen die Fragen sehr klar, es handelt sich um eine offensichtlich politische Entscheidung, aus der sich für die gesamte Arbeiterkass die gefährlichsten Konsequenzen ergeben können.

Weshalb wünscht man in Sachsen eine Verschiebung der Auseinandersetzungen bis zum Herbst? Sicherlich steht fest, daß einige bürgerliche Parteien annehmen, daß bis dahin unter dem Einfluß der Reichspolitik auch in Sachsen die Frage der Koalition wieder aufgerollt werden kann, aber der Koalition mit der SPD. Mit der durchgeführten Taktik haben die sächsischen Bürgerblockparteien aber auf jeden Fall die Frist bis zum Herbst erreicht. Wenn bis dahin die Entscheidung des Reichsgerichts vorliegt, daß das Wahlgesetz Sachsens gegen die Verfassung verstößt, dann ist damit aber noch nicht die Auflösung des Landtages verbunden. Wer solche Hoffnungen auf eine Entscheidung des

Staatsgerichtshofes oder des Reichsgerichts setzt, wird sehr enttäuscht werden. Diese Entscheidung wird dem Landtag übertragen werden. Vielleicht findet man aber auch eine Formel, die diese Entscheidung überhaupt ausschaltet. Sollte aber ein Spruch gefällt werden, der dem Landtag die Entscheidung zuweist — und das wäre die weitestgehende Stellungnahme, die man erwarten kann —, nun, dann wissen die Arbeiter heute schon, daß dieses Parlament sich nicht auflösen wird. Nur rücksichtsloser Massenruck, breiteste außerparlamentarische Aktion können diesen Landtag auseinanderreiben. Aber bei dieser Aufgabe, da stehen die Sozialdemokraten auch in Sachsen auf der Seite der Bürgerblockparteien.

Aufgabe unserer Partei, unserer Genossen in Betrieb und Gewerkschaft ist es, den breitesten Massenkampf um die Auflösung des Landtages vorzubereiten.

## 291 Todesopfer bei einer Schiffskatastrophe

III. Neuyork, 8. Juli.

Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist der chilenische Truppentransportdampfer „Angamos“ auf der Fahrt nach dem Hafen Lebu mit 290 Personen an Bord an der chilenischen Küste untergegangen. Der Kapitän hat vor dem Untergang des Schiffes Selbstmord verübt.

III. London, 8. Juli.

Nach Meldungen aus Santiago de Chile befanden sich an Bord des untergegangenen Dampfers „Angamos“ rund 295 Personen, darunter 80 Fahrgäste. Das Schiff lief bei heftigem Sturm auf Grund, nachdem das Steuer gebrochen war. Infolge der ungeheuren Wucht des Aufpralles auf die Felsen brach es völlig auseinander. Nur vier Mann der Besatzung konnten schwimmend die Küste erreichen. Alle Rettungsarbeiten blieben erfolglos, da der Sturm mit unverminderter Wucht anhielt.

III. Paris, 8. Juli.

Nach den letzten aus Santiago de Chile eingetroffenen Meldungen sind mit der sinkenden Angamos insgesamt 290 Personen ums Leben gekommen. Von der 215 Kopf starken Besatzung konnten nur fünf Mann gerettet werden, außerdem erkrankten alle 80 Passagiere, unter denen sich zahlreiche Frauen und Kinder befanden. Der Zerstörer Williams und der Kreuzer Benteo sind an der Unfallstelle eingetroffen, ohne jedoch eine Spur des Schiffes aufzufinden. Ueber die Ursache der Katastrophe sind bis jetzt noch wenig Einzelheiten bekannt geworden, da die fünf geretteten Matrosen sich in einem Zustand befinden, der ein längeres Verhör nicht zuläßt. Aus ihren Äußerungen geht hervor, daß das plötzliche Eintreten des Unglücks dem Kapitän es nicht mehr ermöglichte, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die die Rettung mindestens eines Teiles der Reisenden und der Besatzung gesichert hätten. Vor dem Marineministerium in Santiago de Chile, vor dem sich die Familien der Matrosen und der an Bord der Angamos befindlichen Reisenden eingefunden hatten, um Nachrichten über ihre Angehörigen zu erlangen, spielten sich ergreifende Szenen ab.

Der Marineattaché der chilenischen Gesandtschaft in Paris erklärte einem Vertreter des Paris Soir unter anderem, daß die Angamos ein altes Schiff gewesen sei, das zur Beförderung der für das Geschwader nötigen Kohle und Lebensmittel diente. Sein Lebensalter habe 4500 Tonnen betragen. Im Golf von Arauco hätten sich schon zahlreiche Schiffbrüche ereignet, da die Fahrlinie sehr schlecht und voller Felsen und Klippen sei und dort ein fast ununterbrochener Sturm herrsche.

80 Leichen der Schiffskatastrophe angespült

III. Neuyork, 9. Juli.

Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, sind achtzig Leichen, meist Frauen und Kinder, am Strand bei Punta Chimpef, neun Meilen südlich von Lebu, angespült worden.

## Der Präsident der „Smro“ in Sofia erschossen

III. Belgrad, 9. Juli.

Nach einem hier eingetroffenen Telegramm einer bulgarischen Nachrichtenagentur wurde am Sonnabend in Sofia auf zwei Männer von drei Unbekannten ein Revolver-

verattentat verübt. Von den Ueberfallenen blieb der eine auf der Stelle tot liegen, und der andere wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo er seinen Verletzungen erlag. Der Untersuchungsrichter stellte fest, daß der im Krankenhaus Verstorbenen, General Protogerow war, der Führer der mazedonischen Komitasschis und der Präsident der mazedonischen Organisationen, denen auch Einsätze nach Jugoslawien zugeschrieben werden. Die Polizei verhaftete einen Mitterläufer, doch wird kein Name geheimgehalten. Der zweite Ermordete soll eine bekannte politische Persönlichkeit sein. Das Attentat hat in Sofia großes Aufsehen hervorgerufen und wird auch in Jugoslawien viel besprochen.

III. Berlin, 9. Juli. Eine Bestätigung der Meldung aus Sofia steht noch aus.

## Verhöhnung der Berliner Metallarbeiter

Schändlicher Lohnschiebspruch für die Berliner Metallindustrie

Am vergangenen Freitag wurde nach neunstündiger Beratung für die Berliner Metallindustrie ein Lohnschiebspruch gefällt, der die Mindestlöhne wie folgt regelt:

1. Arbeiter über 21 Jahre: Lohnklasse A: Mindestlohn 1,06 M., Lohnklasse B: Mindestlohn 0,95 M., Lohnklasse C: Mindestlohn 0,85 M., Lohnklasse D: 0,80 M.

2. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren: Lohnklasse A: Mindestlohn 0,90 M., Lohnklasse B: Mindestlohn 0,81 M., Lohnklasse C: Mindestlohn 0,72 M., Lohnklasse D: Mindestlohn 0,69 M.

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren: 14 bis 15 Jahre: Mindestlohn 0,81 M., 15 bis 16 Jahre: Mindestlohn 0,68 M., 16 bis 17 Jahre: Mindestlohn 0,45 M., 17 bis 18 Jahre: Mindestlohn 0,53 M.

Jugendliche Arbeiterinnen 0,81 Mark, 0,55 Mark, 0,42 Mark, 0,48 Mark.

Die Festlegung der Akkordpreise hat darauf zu erfolgen, daß einem Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unter normalen Bedingungen die Möglichkeit gegeben wird einen Durchschnittslohn zu erzielen der 15 Prozent über dem Mindestlohn der Lohnklasse liegt, in die die auszuführende Arbeit gehört.

Die Mindestlöhne der Arbeiterinnen betragen 70 Prozent der für Arbeiter vereinbarten Löhne.

Der Vertrag tritt am 30. Juli 1928 in Kraft und kann erstmalig mit einer Frist von 4 Wochen zum Schluß der letzten Lohnwoche im Monat April 1929 gekündigt werden.

Neben den Hilfs- und Transportarbeitern, die in der Spitze ganze 4 Pfennig Zulage erhalten, bringt er für keinen einzigen auch nur einen einzigen Pfennig Zulage, im Gegenteil, er wird in seiner praktischen Auswirkung für viele gelernte und angeleitete Metallarbeiter große Nachteile bringen. Daß dies eine Tatsache ist, geht schon aus dem Schlußsatz der Schiedspruches hervor, in dem es heißt: „Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß nicht beabsichtigt ist, durch die Schaffung eines neuen Lohnstarifes einen Abbau von Verdiensten vorzunehmen.“

Für die große Masse der Akkordarbeiter bringt der Schiedspruch ohne Zweifel große Verschlechterungen, da er keinen Mindest- oder Garantielohn vorsieht.

Der Berliner Schiedspruch ist wieder eine neue Lehre für die Metallarbeiter, endlich Schluß zu machen mit der ganzen Schlichtungsromandie. Den Metallarbeitern Berlins aber bleibt keine andere Wahl, als noch vor Ablauf der Enkündigungsfrist des Kampfs für ihre Forderungen aufzunehmen.

# Der 9. Bundestag des AWA

Gellett als Spaltungsprotestant in Dresden — Berlin werde bald ein großer Scherbelhaufen sein — Starter Widerstand der Opposition — Politische Korruption durch Behörden

Am 7. Juli wurde in Dresden der Bundestag des Arbeiter-Athletenbundes eröffnet. Nach der Wahl des Bureau und der Kommissionen war für die Delegationen ein Kommerz veranlaßt. Der ganze Sonntag war ausgefüllt mit dem Tätigkeitsbericht des Bundesvorsitzenden und des Berichtes des Bundesauschusses. Begrüßungsansprachen von Gellett als Vertreter für den Arbeiter-Turn- und Sportbund, Zentralkommission und Zürcherer Sportinternationale, ferner von Vertretern des Arbeiter-Radsportbundes, Arbeiter-Schmiedebundes, der Naturfreunde, des Bundesportartells, des österreichischen und tschechoslowakischen Arbeiter-Athletenbundes wurden entgegengenommen. Der Vertreter der Arbeiter-Schmiede appellierte eindringlich für die Einheit und sprach sich gegen die Spaltung durch die AWA in Berlin und Halle aus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es bereits beim Bericht der Mandatsprüfungskommission eine entscheidende Abstimmung. Die Mandatsprüfungskommission (!) legte einen Antrag vor, daß in Zukunft nur noch solche Delegationen ein Mandat erhalten, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Dabei wird nur die SPD und AWA als politische Parteien anerkannt. Parallele, auch wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder Mitglieder der AWA oder der Sozialisten sind hinsichtlich begründet und nur nach für andere Funktionen zugelassen.

Dieser Antrag fand gegen die kommunistischen Stimmen Zustimmung. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, daß von 77 Mandatsberechtigten nur 33 Delegierte anwesend sind, die aus 17 Kreisen für den Bundestag herangezogen werden. 22 Kreise sind nicht erschienen, 42 SPD, 15 AWA, 42 gewerkschaftlich Organisierte.

Der Geschäftsbericht weist eine Steigerung der Mitgliederzahl um 1100 auf 33704 auf. Die Organisation ist noch sehr isoliert. Es wird mit 10000 bis 20000 schwarzschriftlichen Mitgliedern in den Vereinen gerechnet. Die technische Arbeit hat Fortschritte gemacht. Eine sehr gute internationale Verbindung ist vorhanden. Die Beziehungen zur Sozialdemokratie bleiben aufrechterhalten. Die Erhöhung des Beitrages auf 20 Pfennig ist notwendig. Damit kommt der Vorstoß gegen die Opposition. Der Bundesvorstand hat unter die Mitglieder der Zentralkommission. Das ist das entscheidende der mageren Werte, die er im letzten großen Bundestag verabschiedet hat. Es ist eine lebenswichtige Reaktion, wenn die Delegierten sofort mit lebhaften Zusätzen antworten. Um den Antritt der oppositionellen Redner in der Diskussion zurückzuführen, wurde beschlossen, zunächst nur einen Redner von jeder Partei zuzulassen. Zeitlich in Berlin, sagte die Spaltungsopposition der SPD in Berlin an. Welche in Hamburg, sagte die Polizei der SPD gegenüber dem Arbeiter-Turn- und Sportbund. In Hamburg wird der Senat mit 27000 Mark für den Arbeiter-Turn- und Sportbund. Dieses Geld wird von der Verwaltung des Sportartells aufbewahrt. Alle weitergehenden Beiträge werden von der SPD abgezogen. Warum? Dasselbe konnte ebenfalls während der Besuche stattfinden, daß Sozialdemokraten gegen den Arbeiter-Athletenbund arbeiten. Man soll in Würzburg, teilte mit, daß die württembergischen Arbeiter-Athleten von der Regierung ganz 170 Mark erhalten haben. Weich, Brandenburg, ein alter, erkrankter Delegierter sprach in die Delegationen gegen die Spalter Stellung zu nehmen. Was in seiner Jugend die Polizei gemacht habe, das machten nun die sozialdemokratischen Richter in der Arbeiter-Turnbewegung.

Herta Brandstätter

Gellett trat in freier Rede auf. Er kam an Stelle des vorgelegenen Berichtes der Zentralkommission. Auf dem Bundestag wurde erzählt, daß Gellett einen Nervenzusammenbruch erlitten hätte. Inzwischen hat sich Gellett durch seine Mandatsprüfungspolitik in Leipzig bei der SPD ganz besonders qualifiziert. Sein Auftreten hat den Delegierten noch zu denken gegeben. Wäre, inhaltliche Kommunikation, freier Schmelz, wie zum Beispiel, die Kommunisten wollten durch Arbeit im vorigen Jahre der Arbeiter-Samariterbund verlassen. Endlich hätten sich jetzt die Sozialdemokraten in Aktionen zusammengelassen. Mit dieser Erklärung im Mandatsbericht auf dem Bundestag. Eine freche Provokation gegen den Bundesrat, der auch auf dieser Tagung wie aber in Leipzig an die frühere Zeit herdenken wurde, verdingt nicht.

Gellett erhielt nachlässige Reden. Der Verhandlungsleiter ließ bei der Abstimmung nicht ausweichen. Jedenfalls war die Abstimmung sehr zweifelhaft. Gellett wurde oft durch Zwischenrufe unterbrochen und erhielt von den Delegierten auch die rühmlichen Anmerkungen: Spaltungsprotestant, Leipziger Mandatsprüfer, Sozialist usw., als er davon sprach. Berlin und Halle seien bald ein großer Scherbelhaufen.

Es hat manche interessante Mitteilungen. So hat sich im Willen erklaren, daß die Athleten aus dem Vereinigten auch Geld erhalten, wenn die Leistung der Athleten im Wohngebiet sich politisch der SPD nähert. Wäre rechnete mit dem Scherbelhaufen.

mader Gellett sprach ab. Schröder, Straßburg (SPD), appellierte an die Zentralkommission, keine Spaltung durchzuführen, der Schaden für den Arbeiter-Turn sei zu groß. Ein Delegierter aus Karlsruhe teilte mit, daß die Arbeiter-Turner nur ein Drittel der jährlichen Einnahmen erhalten, die bürgerlichen dagegen zwei Drittel. Ein Nürnberger Delegierter schilderte die Verhältnisse der Aktion, durch die Bildung einer bürgerlichen Gesellschaft für Leibesübungen die Arbeiter-Turner unter die Kontrolle der Bürgerlichen zu bringen. Deutschmann, Berlin, ergänzte die oppositionellen Redner und belagte die Spaltungsarbeiten der SPD durch Briefe aus der SPD-Presse.

Im großen und ganzen war die Diskussion beherzt von der wichtigen Frage der Spaltungsarbeit durch die SPD-Athleten. Auch die Frage der Berichterstattung mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde lebhaft diskutiert. Aber das Ansehen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist durch Gellett sehr kompromittiert. Trotz mehrerer Anfragen sprach nicht ein einziger Redner mehr dafür. Die Athleten bedanken sich für die Leipziger Scherbelhaufen. Dennoch wurde besonders von der Opposition die Zusammenfassung betont. Die Diskussion war zum Teil sehr lebhaft. Sie hatte durch die Rede Gelletts als Vertreter der AWA an Stelle der Bildung ihren Höhepunkt erreicht. Der neue Mann des Parteivorstandes, Gellett, der, wenn er im Parteivorstand nach Berlin fährt und in Berlin gesehen wird, er hält, er hätte mal wieder mit dem Reichswehrministerium zu tun gehabt, sollte die AWA schmeicheln. Nach dem Rezept: Es bleibt doch etwas hängen, war die Rede aufgebaut. Nur ein Element war neu. Der Kommunist Wiest, der von Gellett in Leipzig herausgeworfen worden sei, läge wieder hier. Hier aber hand Gellett kein Kommando zur Verfügung, und so blieb natürlich Wiest im Saale. Die Provokation ist vorbeigeklungen. Ja, noch ein weiteres. Berlin und Halle werden bald große Scherbelhaufen sein. Dasselbe Gellett schon manchen Zwischenfall einsehen müssen, so erst recht jetzt. Man könnte fast sagen:

In Dresden sollen keine Turner. Gellett hatte es mit Athleten zu tun. Das Schlußwort von Strumpf war mäßig. Er behauptete die verschiedenen Fragen, die in organisatorischer Beziehung in der Diskussion aufgeworfen wurden und versuchte, die Stimmung die Gellett herbeizuführen, zu dämpfen. Denn Strumpf ist sich bewußt, daß Gellett und Genossen den Arbeiter-Athletenbund für ihre Spaltungsarbeit gern opfern würden. Mit 14 Unterdrückten wurde folgende Resolution eingereicht, die jedoch erst am Montag zur Abstimmung kommt:

### Wort

Die Zentralkommission hat in ihrer Sitzung vom 3. Juli eine außerordentliche Entscheidung getroffen, die nicht im Interesse der deutschen Arbeiter-Turnbewegung liegt. Da diese Entscheidung die Spaltung in Berlin und Halle propagieren und damit der Bundestag die Aufhebung dieser Beschlüsse und Wiederherstellung der Einheit in Berlin und Halle zu weiteren Schritten auslösen wird. Von der weiteren Tagung werden wir fernbleiben, da der Ausgang des Bundestages von nicht geringem Interesse für die Arbeiter-Turnbewegung ist.



Julio Balbo

der Mörder Matteotti, ist mit einem italienischen Bombengeschwader, das an dem britischen Luftflottenmanöver teilgenommen hat, in Berlin gelandet und wurde von Hermann Müller ehrenvoll empfangen.

## Die Rechte des Frankkapitals

Einige „Taten“ der Regierung

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Müller hat heute das Kabinett zusammenberufen. Man wird über die finanzielle befristeten, außerdem soll zur Senkung der Lohnsteuer, „Stellung“ kommen und der Verfassungstag „beraten“ werden. In allen wichtigen Fragen wird die SPD gegenüber ihren Koalitionsspartnern einen Rückzug antreten müssen, vor allem was die Senkung der Lohnsteuer anbetrifft. Aber auch in der letzten Frage des Verfassungstages wird die Zustimmung der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die heute nochmals betont wird, von anderen Zuständen der sozialdemokratischen Minister abhängen.

## Der Rote Tag in Prag

Wassenaufmarsch trotz riefigem Polizeiaufgebot.

Prag, 6. Juli. (Telegraphen-Agentur „Inprekorr.“)

Die große Kampfdemonstration der tschechoslowakischen Arbeiterklasse gegen die Reaktion, der Rote Tag, wurde trotz dem Verbot abgehalten. Der AWA der Tschechoslowakei ist es gelungen, die revolutionäre Arbeiterklasse von Prag zu mobilisieren, trotzdem die Regierung die ganze Stadt in ein bewaffnetes Lager umgewandelt hatte. Der Plan der Tschechoslowaken war, die Arbeiterklasse um jeden Preis zu provozieren, ein Blutvergießen im großen herauszurufen. Dieser schändliche Plan scheiterte an der Disziplin der Demonstranten.

Schon in der Nacht vom 5. auf 6. Juli wurden alle Straßen in der inneren Stadt und auch die wichtigsten Punkte in den Vorstädten von Gendarmen und Polizei zu Fuß und zu Pferde besetzt. Nach Prag wurden mehr als 6000 Gendarmen aus der ganzen Republik herangezogen, die Soldaten in den Kasernen hatten strenge Bereitschaft. Alle Landstraßen, die nach Prag führen, wurden ebenfalls von Gendarmen besetzt. Niemand durfte passieren. Prag war im wirklichen Sinne des Wortes in den Belagerungszustand versetzt worden. Trotzdem demonstrierten Tausende von Arbeitern auf den Straßen, von Sympathisierungsgebungen der werktätigen Bevölkerung begleitet.

Die Polizei ging gegen die Demonstranten in brutaler Weise vor. Viele Arbeiter wurden blutig geschlagen. Mehr als hundert Arbeiter wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich auch zwei kommunistische Abgeordnete, die Genossen Bolan und Silina, die aber später auf ihren energischen Protest hin entlassen wurden.

Auf dem Lande, wo der Rote Tag ebenso wie in Prag verboten wurde, gelang es in einigen Orten, wie Budweis, Olmütz und in anderen Städten, ebenfalls die Demonstration der revolutionären Arbeiterklasse abzuhalten.

berherstellung der Einheit in Berlin und Halle. Dieser Tag hat bereits gezeigt, daß die SPD zu weiteren Schritten auslösen wird. Von der weiteren Tagung werden wir fernbleiben, da der Ausgang des Bundestages von nicht geringem Interesse für die Arbeiter-Turnbewegung ist.

## Die Spaltungsarbeit der SPD im Berliner Arbeiter-Turn wird forciert

Am 8. Juli veröffentlicht der traditionelle Spalter Barthelemy im Abend-Vorwärts eine Erklärung, wonach das Komitee für Arbeiter-Turn und Körperpflege aufgelöst ist. Dieses Komitee ist von der SPD geschaffen worden, das die vier verschiedenen Vereine sammelte. In Wirklichkeit hat dieses Komitee nur die Funktionen der Spaltung des alten Berliner Arbeiter-Turn- und Kulturartells gehabt. Jetzt erklärt die Firma Barthelemy-Dehnbilger, daß Barthelemy die Gewinne an Dehnbilger abtritt und empfiehlt den ihm angehörenden Organisationen, sich dem neuen von Dehnbilger als Beauftragten der Zentralkommission zu bildenden Komitee anzuschließen.

Die sozialdemokratischen Praktiker Barthelemy und Dehnbilger können schon in ihrer Erklärung mitteilen, daß „jetzt die Gewähr vorhanden ist, daß die Kartellbewegung nicht wie vorher von den Kommunisten für ihre parteipolitischen Zwecke ausgebeutet wird“. Es ist damit frech zum Ausdruck gebracht, daß die Kartellmänner gar nicht daran denken, ein Komitee zu schaffen, das aller Arbeiter-Turnvereine umfaßt und sich auf demokratischem Wege ihre Leitung wählt. Barthelemy läßt kein aus vier Vereinen bestehendes Komitee auf, um durch ein Manöver ein neues Spaltungsartell aufzumachen.

Die Berliner Arbeiter-Turner nehmen geschlossen dagegen Stellung. Sie kämpfen um die Einheit im Berliner Arbeiter-Turn und um das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft.

Die Arbeiter-Turner im ganzen Reich müssen gegen die verbrecherische Spaltungsarbeit der SPD im Berliner Arbeiter-Turn Stellung nehmen und aktiv in den Kampf für die Einheit in Berlin und Halle eintreten.

## Bombenattentat in Moskau

M. Berlin, 9. Juli.

Nach einer Meldung des Montags aus Moskau wird erst jetzt bekannt, daß am Freitag gegen 22 Uhr auf das Hauptgebäude der GPU auf dem Moskauer-Platz in Moskau ein Bombenattentat stattfand. Das Bombenattentat wurde durch die Explosion eines Sprengstoffes bewirkt, ein Bombenattentat verübt wurde. Mehrere Stunden lang wurde der Platz und sämtliche Zugänge von Arbeitern und Soldaten abgesperrt. Die Explosion hat bei zahlreichen Gebäuden der Gendarmen Verwundungen verursacht und es müssen ihr auch Verwundungen zum Opfer gefallen sein, denn es erschienen sofort nach der Explosion mehrere Krankenautos der Rettungsgesellschaft für plötzliche Unfälle.

## Groener dankt Koste

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichswehrminister Groener schickte am Samstag Koste anlässlich seines 60. Geburtstages ein Danktelegramm, das lautet:

„Am heutigen Tage gedankt mir die gesamte Wehrmacht ihrer Verdienste um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und in Sonderheit ihrer mühen- und vornehmlichen Arbeit zur Wiederherstellung einer brauchbaren Wehrmacht. Ich bin überzeugt, daß die Geschichte ihrem tapferen Wirken in den schweren Zeiten des Vaterlandes voll gerecht wird. Wir Soldaten erklären, daß wir ihnen schon heute für diese Tat dankbar sind.“

Dieses Telegramm an den Arbeiterführer Koste, dem wir das Telegramm Hermann Müllers an Hindenburg, den Kurs der Koalitionsregierung, Koste, den die SPD-Führer am liebsten zum Reichstagsabgeordneten gemacht hätten, wird zurückgeschickt, die Tage Koste zur Wiedereröffnung der Reichstags sollen wieder lebendig werden.

## Im Gummiball durch den Niagara

Einer, der nichts zu verlieren hätte als sein Leben, hat wie wir gestern meldeten, den dritten Versuch gemacht, den Niagara in einem Gummiball hinabzufahren. Die beiden ersten Versuche die 1906 und 1911 in Stadtschlösschen unternommen worden sind, endeten damit, daß die Insassen — darunter sogar eine Frau — an den erlittenen Querschnitten starben. Der Dritte war klüger: Er ließ sich einen Gummiball von etwa drei Meter Durchmesser bauen, dessen Wände aus einem Meter dick waren, baute sich Sauerstoffkammern ein und verpflanzte sich



eine Rettungskolonie, die ihn nach dem Bahieren des Falles auffischen mußte. Das Bagnis gelang unter Teilnahme einer großen Menschenmenge, die dem Unternehmen neugierig zusah; der Insasse des Gummiballes ließ sich aber nach der kanadischen Seite retten, da die amerikanische Polizei ihn sonst wegen großen Unfalls verhaftet hätte.

Der Niagara, der zu den größten Naturwundern gehört, besteht aus dem 330 Meter breiten und 47 Meter hohen amerikanischen (Hart Schloffer-) Fall, und dem 578 Meter breiten und 44 Meter hohen holländischen (Hortelhoe-) Fall, den wir hier im Bild wiedergeben. Die in einer Stunde herabstürzenden Wassermassen werden auf 30 Millionen Kubikmeter geschätzt; das

## Neuer Weltrekord der Juntersflieger

Dresden, 7. Juli.

Die Juntersflieger Ritzke und Zimmermann sind heute abend 8 1/2 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz gelandet, nachdem sie sich 45 Stunden und 25 Minuten in der Luft befunden hatten. Sie haben damit den bisher von den Italienern Ferrari und del Prete gehaltenen Dauerflug-Weltrekord um annähernd Neben Stunden überboten. Professor Junters war bei der Landung zugegen. Die Flieger haben eine Strecke von 8100 Kilometer zurückgelegt.



Ritzke, Rekordflieger und Annarator auf dem nächsten Oceanflug.



Der zweite Führer, Pilot Zimmermann

Der Dauerrekord in der Luft, den die deutschen Flieger Ritzke und Zimmermann im vorigen Herbst mit über 50 Stunden aufstellten, ist monatelang nicht überboten worden. Erst in diesem Frühjahr haben die Amerikaner ihn auf 53 Stunden gebracht, worauf italienische Flieger ihn auf 58 Stunden und kurz darauf belgische Piloten auf 61 Stunden brachten. Ritzke will nun mit dem Flugführer Zimmermann zusammen auch diesen Rekord wieder brechen und hat den Dauerflug auf der 45 Kilometer langen Strecke Paris-Paris

Steuerstundungen und Steuergeschenke für die Besitzenden

Kommunistische Steueranträge im Sächsischen Landtag - Bürgerblockminister Weber verteidigt das Großkapital Die SPD muß erst bei Müller-Franken anfragen, ob sie gegen Massensteuern stimmen darf

Im Haushaltsauschuss A des Sächsischen Landtages gelangte am Freitag, dem 6. Juli, das Kapitel 12: Steuern, zur Beratung.

Der Berichterstatter, Herr Oberbürgermeister Dr. Blücher, Dresden (Dsp.), verteidigte den Steueretat seiner Regierung und beantragte Genehmigung. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Böttcher und stellte der Regierung eine Reihe sehr unangenehmer Fragen und Anträge. Genosse Böttcher erklärte, daß die Steuerstundungen in letzter Zeit immer mehr zum eisernen Bestand der Steuerpolitik geworden sind. Die kapitalistische Presse erklärt Steuerstundungen für weitwollender als bestimmte Steuererhöhungen auf gleichem Wege. Steuerstundungen sind immer gleichbedeutend mit Steuererläß. Die Teuerung ist seit Beginn dieses Jahres ganz gewaltig gestiegen. Der jährliche Lebenshaltungskostenindex beträgt im Juni 1928 gegenüber 1913 im April. Der Gesamtindex ist von 152,7 im April auf 154,2 im Juni gestiegen. Die Steuergeschenke an die Besitzenden auf der einen, die wachsende Teuerung und Senkung des Reallohnes auf der anderen Seite erzwingen die Beseitigung der Massensteuern im Interesse der arbeitenden Klasse. Genosse Böttcher beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung für Aufhebung folgender Massensteuern einzutreten:

- 1. Lohnsteuer, 2. Umsatzsteuer, 3. Biersteuer, 4. Tabaksteuer, 5. Zündwarensteuer, 6. Zuckersteuer, 7. Spielartensteuer.

Die Nachmittel des kapitalistischen Staates werden durch die Ausplünderung der arbeitenden Massen erhalten. Aus den Massensteuern werden Militärdienstleistungen herausgeholt; alles auf Kosten der Verbraucher. Wenn die Mehrheit des Bürgerblocktages die Anträge auf allgemeine Beseitigung der Massensteuern ablehnt, dann muß unbedingt eine weitgehende Senkung der Lohnsteuer durchgeführt werden.

Forderung auf Senkung der Lohnsteuer.

Genosse Böttcher beantragt im Falle der Ablehnung des Antrages zur Aufhebung der Lohnsteuer bei der Reichsregierung folgende Senkung der Lohnsteuer zu fordern:

Der § 70 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 erhält in seinem Absatz 1, 2 und 3 folgende Fassung:

- 1. Vom Arbeitslohn bleiben für den Arbeitnehmer a) 1200 RM jährlich (100 RM monatlich, 23,05 RM wöchentlich als steuerfreier Lohnbetrag; b) 300 RM jährlich (30 RM monatlich, 7,20 RM wöchentlich) zur Abgeltung der Werbungskosten (§ 15 Abs. 1 Nr. 1, § 16 Abs. 1, Nr. 4, 5); c) 300 RM jährlich (30 RM monatlich, 7,20 RM wöchentlich) zur Abgeltung der Sonderleistungen (§ 17) vom Steuerabzug frei. 2. Außer den im Abs. 1 bezeichneten Beträgen bleiben für jede Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht nachweislich bestreitet (§ 23 Abs. 2 und § 56 Abs. 1 und 2) je 360 RM jährlich (30 RM monatlich und 7,20 RM wöchentlich) vom Steuerabzug frei. 3. Von dem die steuerfreien Beträge (Abs. 1, 2) übersteigenden Arbeitslohn hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 10 v. H. für Rechnung des Arbeitnehmers als Steuer einzubehalten.

Der Betrag von 10 v. H. ermäßigt sich auf 5 v. H., wenn das Einkommen des Arbeitnehmers im Jahre 4800 RM (im Monat 400 RM, in der Woche 96 RM) nicht übersteigt.

Die Sozialdemokraten kamen ob dieses Antrages in schwere Verlegenheit. Sie erklärten bei der Abstimmung, daß sie sich der Stimme enthalten und erst noch einmal in einer Fraktionsbesprechung Stellung nehmen müßten. Die bürgerlichen Parteien lehnten natürlich den Antrag ab, so daß nur die Kommunisten für diesen Antrag stimmten.

Steuerstundungen und Steuergeschenke.

Genosse Böttcher verlangte von der Regierung eine Aufklärung darüber, wie hoch sich die bisher erfolgten Steuerstundungen bzw. Steuernachlässe auf Grund der Verordnung über Steuerstundungen aus der Einkommensteuer vom 6. März 1928 belaufen.

Des weiteren forderte Genosse Böttcher vom Finanzminister Auskunft, in wieviel Fällen eine Nachprüfung der Steuererklärungen bei der Grund- und Gewerbesteuer veranlaßt wurde, wieviel Steuern als Ergebnis der amtlichen Nachprüfung mehr eingezogen werden konnten, in wieviel Fällen Restzahlung wegen Steuerhinterziehung erfolgte, wie hoch sich im einzelnen die Restzahlungen beliefen.

Der Regierung waren diese Fragen sehr unangenehm. Der Finanzminister erklärte, daß gegenwärtig ungefähr 30.000 Eingaben um Stundungen bei der Steuerdirektion lauern. Es sei unmöglich, auch nur annähernde Angaben zu machen. Vollständig unmöglich sei es auch, besondere Nachprüfungen durchzuführen. Das Reich habe einen Nachprüfungsdiens eingerichtet. Sachfen könnte die Einrichtung eines Nachprüfungsdiens nicht durchführen.

Um der Regierung die Junge zu lösen, beantragte Genosse Böttcher, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, eine Uebersicht über den Stand der Enthebung und Beibehaltung der Grund- und Gewerbesteuer sowie Aufwertungssteuer vom 1. Juli 1928 unter besonderer Berücksichtigung der nachgelagerten und bemängelten Stundungen und der Höhe ihrer Beträge vorzulegen.

Die bürgerlichen Parteien fürchteten, vor der Öffentlichkeit als Begünstiger der Steuerbrüchler entlarvt zu werden. Deshalb stimmten sie dem Antrage der Kommunisten zu. Es wird Aufgabe der Arbeiterklasse - insbesondere auch in den Gemeinden - sein, eine schnelle und vor allen Dingen unverzügliche Ueberbück zu erzwingen.

Herr Ministerialdirektor Dr. Lorez sah sich bei dieser Gelegenheit gezwungen, offen zuzugeben, daß die Bilanz von den Unternehmungen „verschämt und in verächtlicher Form“ aufgestellt würden. Damit wurde auch von Regierungseite zugegeben, daß die großen Unternehmer im Interesse der Steuerhinterziehung, Bilanzverschönerung betreiben.

Die Finanznot der Gemeinden.

Genosse Böttcher wies in seinen Ausführungen auf die zunehmende Finanznot der Gemeinden hin; insbesondere die Arbeiterwohnungsgebiete gehen zusehends dem Bankrott entgegen. Die Finanznot der Gemeinden hat ihre Ursache nicht zuletzt in dem ungerechten Landesfinanzausgleich. Genosse Böttcher gibt im einzelnen eine Darstellung über die ungerechte Verteilung des Finanzausgleiches auf die Gemeinden. Die Verteilung der Einkommensteueranteile geschieht vollständig willkürlich. Die Gemeinden kommen immer weniger in die Lage, ihre sozialen Aufgaben lösen zu können. Genosse Böttcher bemerkt deshalb, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, eine Veränderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Bezirksverbänden (Landesfinanzausgleichsgesetz) vom 15. Februar 1926 im Sinne einer den tatsächlichen finanziellen und sozialen Lasten der Gemeinden entsprechenden Form herbeizuführen.

Auch dieser Antrag wurde von den Bürgerblockparteien gegen die Stimmen der SPD und RPD abgelehnt. Die Herrschaften haben zwar schon Worte für die Notlage der Gemeinden. Aber wenn es sich darum handelt, Abhilfe zu schaffen, dann sind sie die größten Feinde der Gemeinden, sofern es sich nicht um die Domänen der Herren Oberbürgermeister handelt.

750.000 RM für Pferderennen, - Keinen Pfennig für Säuglingsfürsorge.

Die Erträge der Rennwettsteuer bemessen, daß der Anflug und Schwindel des Wetters sich immer mehr ausbreitet. Der Anteil an der Rennwettsteuer beträgt in diesem Jahre 2.850.000 RM. Ein Drittel dieses Anteiles wird von der Regierung für die staatliche Pferdezucht verwendet, zwei Drittel - nämlich 750.000 RM - erhalten die sächsischen Rennvereine als Unterliekung. Der Dresdner Rennverein erhält in diesem Jahre 400.000 RM, der Leipziger Rennverein 350.000 RM.

Die Finanznot der kleinen Gemeinden - Der Schrei nach der Aufsichtsbehörde

Die Steuererhöhungen auf Grund des Finanzausgleiches und die gemeindeeigenen Steuern bedecken in den kleinen Gemeinden die Ausgaben nicht. Die Haushaltpläne dieser Gemeinden weisen Mehrlücken gegenüber den notwendigen Ausgaben bis zu 30 Prozent auf. Diese Gemeinden helfen sich auf die eine oder andere Weise, wenn sie keine Mittel aus dem Landesausgleichslohn bekommen - sie ihr Girokonto überziehen. Es kommt nicht selten vor, daß die überzogene Summe bedeutend höher als die Steuererhöhungen sind. Der Giroverband Sächsischer Gemeinden hat zur Nachprüfung dieses Zustandes einen „Ausschuß zur Aufrechterhaltung der Verbandsdisziplin“ eingesetzt, der seinen Bericht über das Ergebnis seiner Arbeit dem Vorstand des „Sächsischen Gemeindetages“ unterbreitet hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich der Giroverband Sächsischer Gemeinden mit Herrn Dr. Oberle an der Spitze gegen diese Summierrichtigkeit wendet, denn die in den Gemeinden eingehaltenen Gelder verfließen der Giroverband natürlich in erster Linie dem Privatkapital zuzuführen, um damit gewinnbringende Geschäfte zu betreiben. An dem Bericht ist interessant, daß angegeben wird, daß sich mit erschreckender Deutlichkeit Verschwendung und Verschuldung der kleinen Gemeinden vergrößert hat und daß die Klagen dieser Gemeinden in keiner Weise übertrieben sind. Im Gegenteil ist interessant, daß angegeben wird, daß sich mit erschreckender Deutlichkeit Verschwendung und Verschuldung der kleinen Gemeinden vergrößert hat und daß die Klagen dieser Gemeinden in keiner Weise übertrieben sind.

es reaktionäre Bürgermeister oder Stadträte sind, die für diese Arbeit bestellt werden. Die Tendenz der Streichung bleibt. Wir begrüßen es, daß die Ueberziehung der Girokonten der Gemeinden durch die Gemeinden aufgehoben soll; werden doch damit die Gemeinden gezwungen, an Regierung und Landtag heranzutreten, daß eine andere Finanzwirtschaft getrieben wird. Unsere Genossen in den Gemeinden müssen der kommunalistischen Landtagsfraktion mitteilen, wie groß die Ueberziehung des Girokontos in ihrer Gemeinde ist, damit festgestellt werden kann, in welchem Maße Forderungen gestellt werden müssen. Die Finanznot der Gemeinden kann nicht auf dem Wege einer passiven Pumpwirtschaft bei den Girokonten beseitigt werden, sondern nur im gemeinsamen Kampf aller Gemeinden um höhere Zuweisung aus den Reichsteuern. Darum ist es notwendig, daß in allen Gemeinden Stellung genommen wird zu dieser Frage - und der obigen Aufforderung Folge geleistet wird.

Schwere Sturmhäden in Nordböhmen

Warnsdorf. Ueber Nordböhmen plieg am Freitag eine schwere Windsturm nieder. In Warnsdorf und Schönbrunn wurden Obst- und Waldbäume entwurzelt. Am 1. verwehten die Schichten in Schönbrunn, wo über 1000 Quadratmeter Windbruch zu verzeichnen sind. An der Bahnstrecke Warnsdorf wurde ein Fichtenbestand von etwa 200 Quadratmeter vernichtet. In Warnsdorf wurde ein mit Heu beladener Fuhrwerk umgeworfen, wobei ein Mitfahrer den Tod fand. Dasselbe Unglück geschah auch noch in einem anderen Orte. Auch in der Halbauer, Böhmischer Leipaer und Böhmer Gebirge wurde erheblicher Schaden angerichtet. Ein Glaschleifer wurde vom Blitz getroffen und schwer verletzt.

Delegierte zum Reichstädtetage und Städtetag sofort melden

Die Hauptversammlung des Reichstädtetages (Epothenorganisation der deutschen Mittel- und Kleinstädte) findet am 6./7. September in Heilberg statt. Unsere Partei wird dort durch eine erhebliche Anzahl von Delegierten vertreten sein. Um deren Zusammenfassung noch besser als bisher vorbereiten zu können, müssen die gewählten Delegierten sich sofort bei ihrer Bezirksleitung melden, die für eine reiche Uebermittlung an das RPD zu sorgen hat. - Für den 5. September ist ebenfalls eine Fraktionsbesprechung der kommunalistischen Delegierten in Heilberg in Aussicht genommen.

Der Deutsche Städtetag (Epothenorganisation der deutschen Großstädte) sowie der Preussische Städtetag, der eine Sonderzusammenfassung der preussischen Großstädte ist, tagen am 24., 25. und 26. September in Breslau. Auch die Meldung der Delegierten für diese Tagungen muß sofort erfolgen und weitergeleitet werden, damit der rechtzeitige Zusammentritt der Fraktion organisiert werden kann. Zentralkomitee der RPD, Sekretariat (Parlament).

9 Millionen Wähler der Liste 1 geprellt!





„Die moderne Zeitung“

Mittelpunkt der Presse soll die Ausstellung „Die moderne Tageszeitung“ sein. Hoch und niedrig ist sie die Achse des Unternehmens. Hier entziffert sich, ob das Thema, das die Presse sich stellt, durch papierne Statistiken, Diagrammlinien und Papierberg überhaupt abgehandelt werden kann.

Von den geistigen Elementen und den materiellen Kräften, die die moderne Tageszeitung zeugen, ihr Lebenskraft einhauchen, ist kaum die Rede. Sonst müßte jeder Pressebesucher über die materiellen Grundlagen, über die politischen Hintermänner der auskloppelnden kapitalistischen Pressekonzerne unterrichtet werden.

Den meisten Zuspruch haben die Räume, in denen die Technik des Zeitungsbetriebes wie: Herstellung des Schriftsatzes, Setzung, Rotations- und Flachdruck, das Litho- und Offsetverfahren bei illustrierten Zeitungen, gezeigt wird. Den Sälen führen hier die modernsten Maschinen in die Geheimnisse der Druckerei ein.

Wie ein Jolly umschließt ein gewaltiger roter Rinterbau das prächtige Vorkonstrukt der Ausstellung. Es ist der architektonisch sehr gut gelagte Bau des Staatshauses. Hier sind die Ausstellungen jener Staaten untergebracht, die Wert darauf legen, ihre Zeitungen auf der Weltausstellung zu zeigen.

Amerikas Pavillon ist der der britischen Union beigelegt. Er zeigt nur die Aufmachungen der führenden englischen Tageszeitungen. Nach der Weltausstellung in London folgen die übrigen Staaten Europas, Asiens und Amerikas.

Die interessanteste Ausstellung im Mittelbau des Hauses ist die der chinesischen Zeitung. Hier werden neben uralten chinesischen Zeitungen, die schon zwei Jahrtausende existieren, moderne bürgerliche Zeitungen aus China gezeigt. Auch die revolutionäre Presse Chinas kommt in diesem Pavillon zu Worte.

Der Pavillon der USSR. Ein schlichter Rohbau. Rechts weht das Sternbanner vor dem Pavillon der ersten Großmacht der kapitalistischen Welt.

Die bürgerlichen Zeitungen, die über die Presse berichten, wollen glauben machen, daß die geistige Arbeit, die in Zeitungen und Zeitschriften enthalten ist, nicht dargestellt werden kann. Im russischen Pavillon werden sie gegen gekostet.

Der Pavillon der Sowjetrepublik bietet gut ausgearbeitetes Material über die russische Presse und Zeitschriftenliteratur. Aus den ausgestellten Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, aus vielen und lehrreichen Statistiken gewinnt man hier ein starkes Bild von der geistigen und ursprünglichen Kraft der russischen Arbeiterklasse und Bauernschaft.

beim niedrigsten Stand der Technik höchste geistige Kraft entfalten kann. Hier man, daß Lenins Werke 11 Millionen Auflagen in Rußland haben und daß Schriftsteller wie Gorki, Bucharin usw. diesen Auflagen nicht viel nachstehen, dann erst begreift man, wie dumm und einseitig noch wir westeuropäischen Arbeiter sind, die wir in unserer ganzen Unmenschlichkeit die besten Jahre der Entfaltung uns nehmen lassen.

Das Haus des ADGB. Ueber eine Abteilung der Ausstellung soll noch kurz gesprochen werden. Das Haus des ADGB. Oder besser: der sozialdemo-

kratischen Presse, die hier nur unter der Spitzmarke „Haus des ADGB“ steht. Betritt man das Haus, gerät man ins Staunen. Ein Wandspruch verkündet: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Ob das Ironie ist? Ein Film, der bereitwilligst und vor wie oft, vorgeführt wird, trägt die Aufschrift: „Der Film hat Titel wie: „Das sind die Soldaten des Friedens... für Ausgleich und Ge-



Bild: Den Massenansturm an Besuchern in Sowjetrußland darstellend.

rechtigkeit!“ Also, die Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann. Sie erwartet, das zeigt der Film, Befreiung der Klasse, oder wie hier so schön gesagt wird „Ausgleich und Gerechtigkeit“ von der Bourgeoisie!

Was dabei herauskommt, das haben die vier Jahre Bürgerkrieg besser gezeigt, als das gezeigt werden kann.

Man sieht sich nicht, den Massenansturm der Sozialdemokraten und ihrer Presse mit Marx' Blättern zu beschönigen. So man läßt und ihrer sozialdemokratischen Politik, Rosa Luxemburg und die Duper Liebknecht als Fürsprecher aufmerksam. Es ist Karl Liebknecht, neben dem „Vorwärts“ ein Bildauschnitt Rosa Luxemburgs zu zeigen. Wie lautet doch der Spruch des „Vorwärts“ am Tage vor der Ermordung Rosa Luxemburgs? „Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, sie sind keine Dabel!“

Die Gesamtübersicht der Zeitungen der SPD, beweist, zu welcher langweiligen, muffigen Generalanzeigerpresse die Zeitungen der „linken Partei“ herabgesunken sind. Wohl bringt die kleine historische Abteilung sehr seltene Dokumente aus den revolutionären Kämpfen Deutschlands bis zur Zeit des Sozialistengesetzes.

Die Hauptabteilungen der Presse schließen sich eine Reihe Sonderbauten an. Jedoch, ob wir in die Glasfische der Religionsgemeinschaften oder in dem Sonderpavillon bürgerlicher Zeitschriften gehen, überall das gleiche Gesicht, der gleiche Inhalt, nur mit etwas anderer Schminke. Das Klassen Gesicht der bürgerlich-kapitalistischen Presse in allen seinen Nuancierungen. Es bleibt deshalb die Frage offen: Kann innerhalb dieser Gesellschaftsordnung überhaupt eine internationale Presse-Ausstellung veranstaltet werden, die einen wirklichen Ein- und Überblick über die Presse und ihren Nachbereich in den jeweiligen Staaten der geschichtlichen Entwicklung gibt?

gegen die Kommunisten gemüht sind.

Nach den Ergebnissen dieser Ausstellung muß diese Frage verneint werden. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung muß solche Ausstellung immer fragmentarisch, eine halbe werden. Deshalb sollen die Arbeiter, die in diesem Sommer nach Köln pilgern, um die Presse-Ausstellung zu sehen, sich nicht täuschen lassen. Was ihnen dort gezeigt wird, ist nicht eine „internationale Presse-Ausstellung“.

Rein! In Köln zeigt man nur das Gesicht der herrschenden kapitalistischen Klasse im Spiegel ihrer Presse! —

Der russische Pavillon auf der Weltausstellung

Von Erwin Risch

Während in den Sälen anderer Staaten noch kahle Räume waren, ist der russische Pavillon fertig und jeder, der ihn unvoreingenommenes Sinnes eine Stunde lang durchwandert, wird zugeben müssen, daß er in formaler wie in inhaltlicher Hinsicht geradezu eine revolutionäre Tat bedeutet.

In dieser Ausstellung, in der der nichtigste Konstruktivismus Bedeutung erhält, wird sogar die Staatenerfassung der Sowjetunion jedem Besucher verständlich anschaulich: den Hauptaal besetzt dekorativ ein Stern, nämlich, rot, fünfzackig, über dem sechs veränderten große Augen treiben, Rußland, Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien, Kasachstan und Turkestan, ein roter Pfeil zeigt, den Lichter durchlaufen, steht die Kongresse der Dorf- und Stadtländer dar, ein zweiter darunter die Geflügel, zu ihr und von ihr führen Hauptstrahlen: die autonomen Republiken.

Der Inhalt der Ausstellung aber, mit der Sowjetrußland ins Ausland geht, ist: Bericht, Programm und Potemkin. Mit Potemkin — wenigstens bis ins Auslande ein Programm, was man von Arbeit und Schicksal und hochwissenschaftlicher Technik selbst — führt der Rundgang an.

Historische Abteilung. Wiewohl Zeitungen gab es in der Jarenzeit, wiewohl Jarenmaßnahmen erfolgten monatlich, welche Verhaltungsmaßregeln gab die Sozialdemokratie aus?

1908, das Jahr der Sturmstunde. Eine Karte zeigt die wenigen Städte, wo es sozialistische Blätter gab. Darunter eine kleine Dreiecke: im Januar ein Atlantik, — die Thermometerlinie der revolutionären Presse steigt etwas; im Februar ein Vogram, — die Säule steigt etwas; im März geheime Hinrichtungen mit Schuppen von Chamowanki, — die Säule steigt etwas; im Sommer Revolte auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“, — die Säule steigt stärker, aber dann, Oktober, November scheidet sie empor, 37, 75 Blätter der verbotenen Lehre entstehen, der Aufstand ist losgebrochen. Eine

legale Druckerei, zwei Stockwerke tief unter der Erde, unter einem „Geschäft mit fantastischen Früchten“ ist im Modell zu sehen.

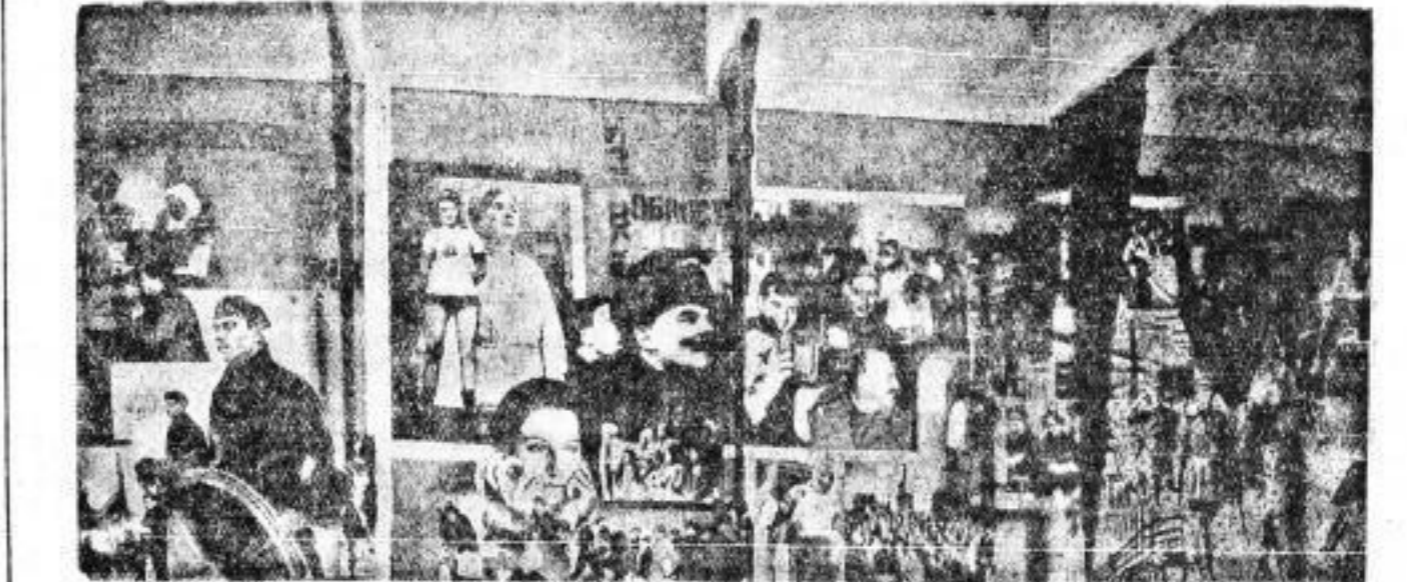
Und dann eine automatische Lichtstarke riesenhafte Wassermaschine. Zwei Brenner geben glühende Bämpchen, an 166 Stellen, den Säulen, wo zur Jarenzeit Tageszeitungen gedruckt wurden, dann flammten rote Bämpchen auf, neben ihnen und an anderen Stellen, 235 Säulen, in den dunkelsten Teilen der grünbeleuchteten Halle, eine Viertelmillion Zeitungspolster hatte das Jarenreich, fast achteinhalb Millionen druckt man im Land der Sowjets und neue Leser lesen sie, die Alphabete von gestern, und niemand will Geld verdienen damit, nur aufklären will man das Volk und aufbauen die Wirtschaft.

Zwei halbrunde Tafeln zeigen den Notarissen im Dienst, dem Dienst zum Schutz der revolutionären Erzeugnisse. Bissig drehen sich die vier Tafeln und die vier Notarissen sind keine Soldaten mehr, sie sind außer Dienst, sie arbeiten als Lehrer, als Journalisten, im Dienste der Körperkraft und vor allem in der jetzigen Fürsorge.

Dann kommen die Bücher. „Wostok“, der Staatsverlag, rollt auf dem Modell einer Rotationsmaschine 205 500 000 Exemplare seiner Bücher ab, andere Verlage, andere Säulen, Mjuchom, Leffig, Helne, George Gorker, der ausgezeichnete deutsche Klassiker, Tolstoj, Dostojewski, Franz Mehring, ein anderer ausgezeichneter deutscher Klassiker, in Brodschiken zu einer Kopie, sage und schreibe zwei Fünftel des Stück. Neue Alphabete für wilde Völker werden geschaffen, die alten Alphabete auf lateinische Schrift umgestellt, und schon gibt es Literatur, Literatur im Sinne der Gemeinschaft.

Wohl wahr. Die Volkswelten sind Reifer in der Propaganda und ihre Führer verstehen sie so, wie die katholische Kirche ihre Heiligen. Aber es kommt darauf an, für was man Propaganda macht, und wen man verehrt!

Photographischer Riesenfries im russischen Pavillon



Sonnenwendfeier in Meißner

Für Sonnabend den 30. Juni war von den Freidenkern und der Gewerkschaft die gesamte proletarische Jugend zu einer Sonnenwendfeier auf die Korbbir Schanze eingeladen worden, das heißt, wir als kommunistischer Jugendverband Ortsgruppe Meißner, hatten keine Einladung erhalten. Aber in der Meißner Volkszeitung konnte man lesen, daß die gesamte proletarische Jugend eingeladen sei.

19 Uhr wurde auf der Rathenaustraße gestellt. Es stellten sich 105 Bierereichen Jugendliche, also 420 Mann. Wir als KJVD waren vertreten durch eine Weinbühler und eine Meißner Delegation von 70 Mann. Die Führer des Jungreichsbanners der Freidenkerjugend und die der Arbeiterjugend mochten nicht wenig erstaunte Gesichter, daß wir mit einer solchen Stärke uneingeladen erschienen. Der Zug bewegte sich durch die Straße uneingeladen erschienen. Der Zug bewegte sich durch die Straße, das Treiben nach den Korbbir Schanze. Von den etwa 12 Fahnen waren die Hälfte erkrankterweise rot, die andere Hälfte Koalitionsfarbe. Unterwegs schlossen sich noch zahlreiche re Jugendliche an, auf den Schanze selbst erwarteten auch etwa 300 Personen den Zug, so daß man von einer Gesamtbeteiligung von etwa tausend Personen sprechen kann. Auf den Schanze

diskutierten wir die Frage mit dem Junghammerfunktionär, warum man uns nicht eingeladen hatte. Er erlaubte sich, uns zu sagen, daß könnten sie auch die Halbkreuzer einladen, wir wären doch auch nichts anderes. Wir haben den Deutschen jedenfalls unseren Standpunkt klargemacht. (Bei der nächsten Jahr stattfindenden Jahrtausendfeier Meißners sind diese Leute aber gewillt, einen Festzug zu machen mit Stahlhelm und dem anderen Gefindel all.)

Das Jungreichsbanner verkaufte seine Brodschiken, wir haben unsere „Junggarde“ verkauft. Als sie das sahen, liefen sie schnell unter der Masse herum und sagten, taufst denen mit den roten Schillertragen und denen in den Kassenmitteln nichts ab, das sind Kommunisten. Es hat ihnen aber nichts genutzt, wir haben unsere Literatur restlos umgelegt. Der Junghammerführer Gaurich sprach von Wörderbände und Profivolkshäuser. Unsere Jugendgenossen haben ihn nur fast angefaßt. Als er dann sah, daß die Masse auf seine Hetze nicht reagierte, stellte er seine Wutausbrüche ein. Eine Gruppe von indifferenten älteren Junghammern erklärte: Rahk euch nur nicht durch „die“ irromaden, was kostet denn io eine Zeitung? Der damit!

Nun zur Sonnenwende selbst, die ausgeführt wurde unter Leitung der Freidenker usw. Ein Sprecher mit Fackeln trat

auf. Was da gesagt wurde, konnte man nur teilweise verstehen. Der Wind nahm viel vom Schall weg. Aber eins konnte man feststellen der Sprecher war nicht sehr gut einstudiert. Eine Steigerung konnte man nicht bemerken. Der Schluß war so, als hätte man in der Mitte aufgehört. Unterdessen wurde der Hochstich angezündet.

Redakteur Dobbert (SPD) hielt eine theatralische Rede. Seine Ausführungen waren mehr symbolischer Natur. Er sprach von Sonnenwende, heiligem Feuer, roten Fahnen, Feuer des Menschheitsstempels. Dobbert brachte die Sonnenwende in Verbindung mit Goethes Prometheus, der Göttergeschlechte usw. Er erwähnte die Opfer, die die Menschheit gebracht hat für den Sozialismus. Dann führte er weiter aus, er hoffe, daß die Befreiungsarbeit weitergehe im Balkan, im Süden, im Westen usw. und jagte im „Dien“. Wie soll man das nun freisen. Den Ausführungen Dobberts nach, sind wir also in Deutschland schon befreit. — (Im Osten also noch nicht?) Zum Schluß wurde die Internationale gesungen.

Freitag. Die Wassermenge des Glückaufbades betrug gestern 20 Grad, heute morgen 19 Grad.





DRESDEN-NEUSTADT

Mediz.-Drogerie E. Stephan, Fichtestraße 5b  
Drogen, Farben, Lacke  
Ewald Löschor  
Fleischermeister  
Altenstr., Ecke Louisestr. 39  
DROGERIE MAX FRANZ  
Königsbrücker, Ecke Grenadierstraße  
Kräuter, Farben, Lacke  
Waschmittel, Weinböhle

Dampf-Wäscherei  
C. LOCHMANN  
Große Frobergasse Nr. 8  
Telefonnummer 2081

BULGARIA  
KRONE

DRESDEN-A.

Bank der Arbeiter,  
Angestellten-Beamten  
u. o. / Filiale Dresden  
Dresden, Algenbergstraße Nr. 4  
Bismarck 18004 / Postfach Dresden 2107  
Schriftverkehr: Ulfrey-Dechener  
Straße 40 / Büro: Algenbergstraße 3  
u. 40

Oberlausitzer Leinenwaren  
Fischmarkt 5

Sechser-Kneipe  
Verkehrslokal der Arbeiterschaft  
Poppitz 43

Edmund Friedel, Stiftstraße 2b  
MUSIKWAREN  
Klavierreparatur / Technische Arbeiten

Stempel-Walther  
Eilige Stempel in wenig  
Zeit  
Amalienstr. 21  
gr. Brüderg. 39

Lederhandlung Fiebig  
Trompetenstraße 11  
Holzschuhe, Pantoffel

DRESDEN-LOBTAU

Eduard Röder Nachf.  
Lobtau, Straße 87  
Eisenhandlung

COSSE-BAUDE  
Fleischererei Waul Nebentisch  
Zweibrücker Str. 26

DRESDEN-COSCHWITZ  
Lamm- und Barrenfleisch  
Karl Schmidt, Karlsruher Straße 29

DRESDEN-FRIEDRICHSTADT  
Paul Sparrmann/Kolonialwaren u. Delikatessen  
10% Rabatt / Saarstraße 32

DRESDEN-FRIEDRICHSTADT  
Bernhard Fischer Schäferstraße 46  
Feine Fleisch- und Wurstwaren

KURT PETERS  
Feine Fleisch- und Wurstwaren  
Monatier, Ecke Schäferstraße

Fr. Hofmann, Schäferstr. 47

DRESDEN-JOHANNSTADT  
Franz Rödl  
Pflanzengartenstr. 37 - Pflanzengartenstr. 38  
Mineralkurwaren, Badleder, Kofferwaren

Gustav Richter, Tischlermeister  
Königsbrücker, Ecke Grenadierstraße 12, 1  
Gustav Richter, Tischlermeister

PIANOS / FLÜGEL  
Hermann, Gröbenstraße 24  
G. L. MANN, Marschnerstraße 27

DRESDEN-STRIESEN  
Hammers Hotel  
Sonntag - Dienstag  
BALLABENDE

Deucht die Regina-Schiffspiele  
100 Jahre 1815-1915

DRESDEN-LEUBNICH  
Warenhaus Kurt Heinze  
5. Hauptstraße 10  
Erstes und ältestes Geschäft am Platz  
Reichhaltige und autorisierte Lager

DRESDEN-REICHA  
Textil- und Kurzwaren  
K. Hebe, Hauptstr. 3  
Au Wuschel, Leub. 10  
Kellie, Kolonialwaren  
Kauzschützener  
Reicker Str. 113

DR. SOEN-DEBRITZ  
Kolonialwaren u. Flaschenbleiverkäufer  
M. Beisekel, Fährweg Leub. 2

PROHLIS  
Marie Röntgen  
Kolonial- und Kondensprodukte  
Zum Zinner

Paul Genaack, Lorenz Str. 40  
Koblen - Brikette

STETZSCH-KREITZ  
Bad und Restaurant „Zur Erholung“  
Kur- und Wanngebäude  
Brückenstraße 7

Bahnhof-Drogerie  
Oskar Beermann, Meißner Landstraße 97

ANNA VERW GERLACH  
Bäckerei, Müllerei, etc.

DRESDEN-LOSCHWITZ  
Konzert und Ballsaal „Zur Eule“  
Loschwitzgrund / Jedes Sonntag  
Königliche Hofkapelle / 10.00 u. 12.00

DANNEWITZ  
Georg Fleischer, Hauptstraße 43  
Kondens- und Wurstwaren

Ernst Straube, Bergstraße 14, Herren-  
und Damengarderobe, Konfektion,  
Mode- und Textilwaren

Max Schotte, Hauptstraße 46  
Müllerei und Kondensware

Emil Schramm  
Kolonialwaren und  
Spirituosen  
Hauptstraße 87  
Bäckerei und  
Konditorei  
Paul Günde  
Hauptstraße 24

MELZER  
Kolonialwaren  
Hauptstraße 88

BRUNO SIMON  
Hauptstraße 55  
Herren- und  
Damen-Prisoir

Vogelwänsche Musik-Zentrale  
Karl Stölz, Promenade 21

Franz Erben, Schandauer Str. 17  
Herren-, Damen- und Kinderbekleidung

TRACHENBERGE

Lederhaus „Blaue Ecke“  
Trachenberger Platz  
Lederwaren • Leder • Sportartikel

DRESDEN-PIESCHEN

Pieschener Vereinshaus  
ARTHUR THOMASCHKE  
Hohlestraße 1, Ecke Torgauerstraße

Fleisch- und Wurstwaren  
Paul Henning, Döbener Str. 4

Adam & Klemm, Lederhandlung  
Leipziger, Ecke Pieschener

WEINBOHLA

Max Bährisch  
Qualitäts-Fruchtweine / Elysee Kellerei  
Weinbohlplatz 7

Curt Naumann, Königstraße 53  
Kolonialwaren / Lebensmittel / Fisch- und  
Grünwaren

Willy Lippmann, Hauptstraße 38  
Hauswirtschaftliche Fleisch- und Wurstwaren

August Reinhold / Herren-Artikel / Trikots  
/ Wäsche / Strumpfwaren / Wäsche  
Hauptstraße 11

Schuhhaus Rostenstein, Hauptstr. 48  
Reparatur • Modarbeit • Lager

Nimm Kaffee von Burkhardt!

Otto Wendt, Kirchplatz 14  
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Besucht die  
Lichtspiele  
Wettenschlöbchen  
Weinbohlplatz

RADEBEUL

Modehaus A. Reiche  
Radebeul-Niederstraße  
empfiehlt zu billigen Preisen: Kleiderstoffe  
Wäsche / Konfektion / Herrenartikel

COSWIG

Guido Wippler, Hauptstraße 1  
Eisenwaren, Werkzeuge, Oelen  
Haus- und Küchenartikel

Bierhandlung Neu-Coswig  
gegründet 1906 / Zelchauer 117

Kronen-Apotheke Coswig  
Anfertigung aller Rezepte  
Dresdener Straße 23

Radfahrer, Nähmaschinen, Motorräder,  
Zubehör / Oem. Schm. Dresdener Str. 36

RADEBERG

Konfektion / Hümi, Bildhauerartikel  
Fr. Gronau, Vertretung: Radeber-  
gstraße 111, b. Sturm / Tel. 1411

GROSSROHRSDORF

Kaufhaus Schönwald  
Größtes Textilwaren-Kaufhaus  
Bismarckstr. 23/11

Kolonialwaren  
Albin Stier, Hauptstraße 255

Herrenmoden, Maß und Konfektion  
J. Kriebel, Bismarckstr. 253

Wendra Schuhgeschäft  
Bismarckstr. 255

Alfred MIBBACH  
Wäsche / Leinenwaren / Bettfedern  
5% Rabatt Mühlstraße 255d

Hüte / Mützen / Pelzwaren  
J. Wagner, Mühlstraße 255

DOHNA I. SA.

Reis-Drogerie Paul Schumann  
Obere Stadt, Plesser Straße 3

Gesunde Nahrung  
Nudeln, getr. Früchte, reine Speise-  
öle, helles Brot, Obst-  
säfte, Marmeladen usw.  
Fordern Sie Preisliste.  
Stadt- und Postversand.

Edel  
Haus

Verleihgeschäft für Bühnenkostüme  
Gustav Starke, Inh. Willy Starke  
Rosenthalstraße 24, Telefon 27191

Musikinstrumente  
Musikalien  
O. Berkmann  
Moritzstraße 20  
u. d. Ringstraße

PIRNA-COPIZ

Hafftmann-Magenbitter

Lebensmittel  
Hauswald, Am Markt 16

Markt-Drogerie  
Kirchgasse 1  
Arno Kirsten Nachf.

Farben - Lacke  
Kong & Kauf, Markt 20

Leder  
Karl Jähnichen, Badergasse 8

Richard Hoffmann, Breite Straße 17  
Reichliche Auswahl aller Art

Butter immer gut und billig bei  
Jüttler's  
Dobrasche Str. 31

Bernhard Hempel  
Roß-Schlächtere und Wurstfabrik  
mit reichlichem Selbst-  
alkoholischem Volks- u. Speisehaus  
„Zur Volksküche“  
Schuhgasse 67  
Erläuter: Dresden, Neustädter Markthalle 1/2  
Dresden, Palmstraße 45

Richard Schmedel, Dohnaische Str. 13  
- Dohna -

Fleisch- u. Wurstwaren  
Fritz Kühnel, Pflanzstr. 9

Schuhlager und Reparaturwerkstatt  
Karl Adler, Hauptstraße 11

Otto Schmidt, Hauptstr. 29  
Uhren und Schmuckwaren aller Art  
Sprechapparate und Schallplatten

MEIßEN

Meißner  
Schwerter-Biere

Gasthaus „Zur Stadt Magdeburg“  
Fährmannstraße 10  
empfiehlt seine Lokalküche zur freundlichen  
Gastst. Überwachung für Jedermann

Möbel- und Waren-Kredithaus  
Reinhold Eichler, G. m. b. H.  
Nur Görzische Gasse 33

Ferngaswerk  
Meißen

MODERNE DAMENHUTE  
Hutfabrik Mißbach, Webergasse 1/8  
Umpressen v. Damen- u. Herrenhüten

Damen- und Herrenfrisur Rich. Lehmann  
Gröbenstraße 21. Spez. Babikoup le. e.

Richard Müller, Gerbergass. 20  
Uhren / Gold- und Silberwaren

Molkerei Meißen  
e. G. m. b. H.  
Samtliche Molkereiprodukte  
in frischer und bester Qualität  
sowie Belieferung samt. Kon-  
sumvereins-Verkaufsstellen

Gold- u. Silberwaren / Uhren  
bei  
Georg Thierbach Kleinmarkt

Drogerie Carl Richard Hennwitz  
Nur Fabrikstr. 2 Urog. Farb., Lacke, Kolonial-  
waren, Schreibwaren in Flaschen u. ausgenommen

J. Zinke, Am Bahnhof, Sodenweg 1  
Kolonialwaren, Delikatessen

Schuhhaus Wlred Köhler  
Schandauer Str. 3

Wlred Köhler, Heiligewalder Straße 16  
Fleisch- und Wurstwaren

Friedrich Schade & Sohn  
Am Markt / Eisenwaren, Werk-  
zeuge, Haus- und Küchengeräte

Alfred Delle, Heiligewalder Straße 4  
Brot- und Weißbäckerei

Fischhandlung W. Müller, Heiligewalder  
Straße 32, Marktstand vis-à-vis Markt Dresden

Billigste Bezugsquelle für  
Damen-, Herren- und  
Kinder-Bekleidung  
Pankraz, Lange Straße 43  
Erläuter: Zahlungsbedingungen

Schnelle und  
billige Belieferung im  
Gas-, Wasser- und  
Elektrizitätswerk

Seifen, Seifenpulver  
Richard Riehme

Curt Scheunig, Lange Straße 42  
Tägl. frische Milch, Kolonialwaren, Süßbäckerei

Fritz Spillner, Lange Straße 20  
Kind- und Schmeiselmilcherei

Bergschloß-Pilsner ist unübertroffen!